

Ökonomische Implikationen für ein weiterwachsendes Deutschland

Roman Bertenrath und Manuel Fritsch

Einführung

Deutschland mit 89 Mio. Menschen – das ist auch ein Reflex auf globale ökonomische, gesellschaftliche und klimatische Veränderungen, die Migration auslösen:

- Ökonomisch, weil sich 80 % des Vermögens und Wohlstands auf 20 % der Erdbevölkerung verteilt und ebenjene 20 % in Nordamerika, Europa, Ostasien und Australien leben. Menschen aus ärmeren Regionen der Erde werden durch Migration in reiche Regionen von der Hoffnung auf verbesserte Chancen auf Teilhabe an diesem Vermögen getrieben. Infolgedessen werden Einkommensunterschiede zwischen Heimat- und Gastland als wichtige ökonomische Erklärung für Migration herangezogen (vgl. Bansak/Simpson/Zebedee 2020: 52–55).
- Gesellschaftlich, weil westliche Demokratien bei Migranten die Hoffnung auf ein freies, selbstbestimmtes Leben in einer offenen Gesellschaft im Popper'schen Sinne auslösen.
- Klimatisch, weil die wohlhabenden, freiheitlich-demokratisch organisierten westlichen Staaten sich größtenteils in klimatisch gemäßigten Regionen befinden, die aktuell von den Folgen des Klimawandels noch nicht so gravierend betroffen sind. Neben wirtschaftlichen Bedingungen, politischen Unruhen oder klimatischen Verschlechterungen als »Push«-Faktoren des Heimatlandes spielen auch hohe Löhne, eine gute Gesundheitsversorgung, starke Bildungssysteme und eine freiheitliche gesellschaftliche Grundordnung als »Pull«-Faktoren des Aufnahmelandes eine wichtige Rolle bei der Erklärung von Migration.

Die ökonomischen Implikationen einer Bevölkerung von 89 Mio. Menschen in Deutschland im Jahr 2045 werden nachfolgend unter dem Aspekt der Zuwanderung skizziert, da eingedenk der niedrigen Geburtenrate in Deutschland seit den 1970er Jahren ein künftiges Anwachsen der Bevölkerung vor allem durch Zuwanderung möglich erscheint. Diese Schwerpunktsetzung erfolgt vor dem Hintergrund, dass allgemeinere ökonomische Implikationen des künftigen Potenzialwachstums bereits vom Sachverständigenrat (vgl. Sachverständigenrat 2023: 86 ff.) regelmäßig beleuchtet werden.

Deutschland ist seit Gründung der Bundesrepublik ein Zuwanderungsland. Nach Angaben des statistischen Bundesamtes wurde für Deutschland seit den 1960er Jahren in nahezu jedem Jahr ein positives Wanderungssaldo erfasst. So zogen im Durchschnitt der Jahre 1964 bis 2009 rund 100.000 Menschen mehr nach Deutschland, als dass Personen das Land verließen. Seit dem Jahr 2010 stieg der Wanderungssaldo auf rund 250.000 Personen im Durchschnitt an (vgl. Destatis 2024a).

Die Relevanz ökonomischer Rahmenbedingen bei der Auswahl des Ziellandes der Migration zeigt sich exemplarisch an zwei Datenpunkten bezüglich der Migration: So lag die Nettozuwanderung in Deutschland zwischen den Jahren 2005 und 2009 auf einem im Zeitverlauf relativ niedrigen Niveau. Dies fällt in einen Zeitraum, in dem Deutschland eine – relativ gesehen – hohe Unterbeschäftigung und damit eine geringere wirtschaftliche Attraktivität besaß. Daten der Vereinten Nationen zeigen zudem, dass die Zahl der internationalen Migrantinnen und Migranten in Ländern mit einem hohen Einkommensniveau deutlich höher liegen als in anderen Ländern (vgl. United Nations 2019: 4). So lag der Anteil der Migrantinnen und Migranten im Jahr 2019 in den Ländern mit hohem Einkommensniveau bei rund 14 %, in anderen Ländern dagegen unter 2 %. Besonders hoch war der Anteil in Deutschland mit 16,1 %, in den Vereinigten Staaten mit 13,6 % sowie in Australien und der Schweiz mit fast 30 % der Bevölkerung (vgl. OECD 2021a, 2021b).

Effekte von Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt

Zuwanderung wirkt sich auf verschiedenen Wegen auf das Wirtschaftswachstum eines Landes aus. Einen zentral zu nennenden Zusammenhang stellt dabei die Bereitstellung von Arbeitskraft dar. In einem neoklassischen Gleichgewichtsmodell stellt die gesamtwirtschaftliche Pro-

duktion, sprich das Bruttoinlandsprodukt (BIP), das Ergebnis des aggregierten Einsatzes der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital dar, ergänzt um ein Produktivitätsniveau. Es gilt allgemein:

$$Y = f(L;K)$$

In dieser allgemeinen Darstellung einer Produktionsfunktion bezeichnet Y den Output, der durch den Einsatz von Arbeit (L) und Kapital (K) gemäß der Funktion f erzeugt wird.

Durch den Zuzug von Personen im arbeitsfähigen Alter wird der Faktor Arbeit erhöht, was zu einer Steigerung des BIP führt.

Die großen Wanderungsbewegungen nach Europa bzw. nach Deutschland lassen sich ökonomisch als sogenannter exogener Schock beschreiben, welcher das Arbeitsangebot bzw. das Arbeitskräftepotenzial einer Volkswirtschaft erheblich erhöht. Ein Wachstum der deutschen Bevölkerung von aktuell rund 84,7 Mio. Einwohnern auf 89 Mio. Einwohner könnte somit die Anzahl der verfügbaren Arbeitskräfte in Deutschland um bis zu 4,3 Mio. erhöhen.¹

Diese zusätzliche Arbeitsmarktpotenzial ist insbesondere im Hinblick auf den in Deutschland zu erwartenden demografischen Wandel zu beachten. In Deutschland zeichnet sich im Hinblick auf das Arbeitsangebot aufgrund der alternden Bevölkerung und rückläufiger durchschnittlicher Arbeitszeiten eine zunehmende Knappheit des Produktionsfaktors Arbeit ab (vgl. Sachverständigenrat 2024: 48). Das migrationsinduzierte steigende Arbeitsangebot würde auf eine demografisch bedingte tendenziell steigende Arbeitsnachfrage treffen, da in den nächsten fünfzehn Jahren die geburtenstarken Bevölkerungskohorten der 1950er und 1960er Jahre aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Hierdurch ist ein erheblicher Rückgang der Erwerbstätigen zu erwarten. Durch die fortschreitende Alterung der geburtenstarken Jahrgänge wird es ohne signifikanten Zuzug von Arbeitskräften zu einem stetigen Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials kommen. Dies hätte zur Folge, dass ab dem Jahr 2024 zumindest bis Ende 2029 vom Arbeitsvolumen ausschließlich negative Wachstumsbeiträge zum Produktionspotenzial zu erwarten sind (vgl. ebd.: 54).

1 Vgl. hierzu im Detail die Annahmen in Kapitel »Deutschland mit 89 Mio. Menschen: Fakten und Spekulationen« von Jana Hoymann und Peter Jakubowski.

In Deutschland gab es nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Destatis 2024b) Ende 2023 rund 43,1 Mio. Erwerbstätige. Davon waren rund 20,7 Mio. 45 Jahre oder älter. Während Personen im Alter zwischen 45 und 49 Jahren zu 87,4 % erwerbstätig waren, ist dieser Anteil in den höheren Alterskohorten niedriger: Personen im Alter zwischen 55 und 59 Jahren waren zu 83,1 % erwerbstätig, Personen zwischen 60 und 64 Jahren noch zu 65,4 %. Geht man von einem konstanten Erwerbstätigenanteil in den Altersgruppen aus, würden bis zum Jahr 2045 aus der Bevölkerungsgruppe der über 50-Jährigen rund 15,6 Mio. der aktuell rund 16,4 Mio. Erwerbstätigen aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden. Diese Lücke kann nicht alleine durch die rund 16 Mio. unter 20-Jährigen in Deutschland aufgefangen werden. Selbst eine sofort ansteigende Geburtenrate von derzeit 1,35 Kinder je Frau (vgl. Destatis 2024c) auf z. B. 1,7 würde diese Lücke bis 2045 nicht schließen, da diese Alterskohorte erst nach 2045 dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht.

Der Sachverständigenrat hat unlängst die langfristige Wechselwirkung zwischen dem wirtschaftlichen Wachstum in Deutschland und der demografischen Alterung untersucht. Unter Verwendung eines umfassenden Datensatzes nutzt er den klassischen Produktionsfunktionsansatz, um das potenzielle Produktionswachstum zwischen 1970 und 2070 zu schätzen. Er gelangt in Projektionen eines Referenzszenarios, in welchem sich im Jahr 2023 bestehende Trends fortsetzen, zu dem Ergebnis, dass Deutschlands erwartetes Produktionswachstum bis 2070 geringer ausfallen wird als im Durchschnitt der vergangenen Jahre. Dies ist insbesondere auf den Rückgang des Arbeitsvolumens in Verbindung mit dem geringen Wachstum der totalen Faktorproduktivität und eines schwachen Investitionstrends zurückzuführen. Im Referenzszenario senkt das Arbeitsvolumen infolge des Rückgangs der Erwerbsbevölkerung bis etwa zum Jahr 2050 das Potenzialwachstum deutlich: Sollte es – wie im Referenzszenario projiziert – nicht gelingen, das Arbeitsangebot durch eine Erhöhung der Erwerbsquote auf 75 % zu steigern, sondern verbliebe diese auf dem Stand von 69 % im Jahr 2023, so würde das Produktionspotenzial pro Kopf im Jahr 2070 im Vergleich zum Referenzszenario um 3 % sinken (vgl. Ochsner et al. 2024: 23).

Die wachstumsdämpfenden Effekte eines sinkenden Arbeitsvolumens können entsprechend nur durch qualifizierte Zuwanderung, stärkere Erwerbsanreize sowie Substitution von Arbeit durch neue Kapitalgüter gemildert werden. Ein wichtiger Faktor ist es dabei, die Integration der Zugewanderten in den deutschen Arbeitsmarkt zu

vereinfachen (vgl. Sachverständigenrat 2023: 138). Eine höhere Nettoaußenzuwanderung von durchschnittlich etwa 400.000 Personen pro Jahr anstatt der im Referenzszenario des Sachverständigenrates unterstellten 250.000 Personen würde indes das Produktionspotenzial im Jahr 2070 um etwa 5 % erhöhen. Würden diese optimal in den Arbeitsmarkt integriert, wäre sogar ein positiver Beitrag von plus 22 % möglich (vgl. ebd.: 114)².

Für ein Szenario mit einer Bevölkerung in Höhe von rund 89 Mio. Menschen würde dies entsprechend einen positiven Beitrag des Arbeitsangebots auf die wirtschaftliche Produktion bedeuten. Wie groß dieser ausfallen würde, hängt dabei von der Arbeitsmarktintegration der zugewanderten Personen ab: Um auf Basis der aktuellen demografischen Entwicklung bis zum Ende des Jahres 2045 auf einer Bevölkerungszahl von rund 89 Mio. Einwohnern zu gelangen, wird ein Nettozuwanderungssaldo von durchschnittlich 538.000 Personen pro Jahr benötigt. Geht man, wie im Kapitel von Hoymann und Jakubowski beschrieben, von einer steigenden Geburtenrate im Inland aus, wäre immer noch ein Nettozuwanderungssaldo von rund 450.000 Personen pro Jahr nötig. Dies wären rund 2,8 Mio. mehr Zuwanderer, als in der aktuellen Bevölkerungsprognose des BBSR für 2045 prognostiziert werden (vgl. Maretzke/Hoymann/Schlömer 2024). Geht man zudem davon aus, dass die Erwerbstätigenquote der bereits längerfristig in Deutschland anwesenden Personen auf dem aktuellen Niveau verbleibt, die Integration der Personen im arbeitsfähigen Alter in den Arbeitsmarkt mit einer aktuell üblichen Konversionsrate von rund 70 % verläuft und rund 95 % der zusätzlichen Migranten Ende 2045 das arbeitsfähige Alter erreicht haben, könnte sich die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland Ende 2045 auf rund 46,3 Mio. Personen erhöht haben (vgl. ebd.).

Zuwanderung und Qualifizierung

Neben der reinen Menge der verfügbaren Arbeitskraft hat die Integration und die berufliche Bildung der zusätzlich verfügbaren Arbeitskräfte

2 Würde es sich bei der Nettozuwanderung um 400.000 sofort und vollständig in den Arbeitsmarkt integrierte Personen handeln, würde das Produktionspotenzial um 22 % und das Produktionspotenzial pro Kopf im Jahr 2070 um 13 % über dem Niveau des Referenzszenarios liegen.

eine bedeutende Wirkung für die Arbeitsmarkteffekte durch Migration. Während die Zuwanderung gering qualifizierter Arbeitskräfte zumindest kurzfristig die Beschäftigungsaussichten und Löhne gering qualifizierter einheimischer Arbeitskräfte verschlechtert, gilt das Gegenteil für hoch qualifizierte Einwanderer, die bessere Beschäftigungsaussichten haben und sich besser in die Wirtschaft integrieren (vgl. Aydemir/Borjas 2007: 699–701): Sie erhöhen das Humankapital des Gastlandes, steigern die Rendite auf Sachkapital und können Forschung und Innovation ankurbeln, die die langfristigen Wirtschaftswachstumsaussichten des Aufnahmelandes verbessern. Die Aufnahme hochqualifizierter Einwanderer zur Beseitigung kurzfristiger Qualifikationsdefizite in schnell wachsenden, wissensintensiven Sektoren kann die industrielle Wettbewerbsfähigkeit verbessern und Arbeitsplätze im Aufnahmeland erhalten. Gut bezahlte, qualifizierte Einwanderer erweitern die Steuerbasis und helfen, die wachsenden fiskalischen Herausforderungen abzufedern, insbesondere jene, die mit der alternenden Bevölkerung einhergehen. Diese positiven Aussichten tragen dazu bei, die öffentliche Unterstützung für Einwanderung aufrechtzuerhalten, da die Opposition gegen Einwanderung mit der Wahrnehmung schlechter Arbeitsmarktentwicklung und starker Abhängigkeit von Sozialleistungen steigt.

Aus diesen Gründen ist die Anwerbung der am besten ausgebildeten und qualifiziertesten Arbeitskräfte zu einem wichtigen politischen Ziel in den Industrieländern geworden. Mit der wachsenden Bedeutung der Wissensökonomie hat sich auch der globale Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte verschärft. Die Bindung qualifizierter Arbeitskräfte, die Erleichterung der Rückkehr von Auswanderern und die Anwerbung talentierter Arbeitskräfte aus anderen Ländern sind in jüngster Zeit auch in Entwicklungsländern zu politischen Zielen geworden (vgl. Jasso/Rosenzweig 1995; Cobb-Clark 2000; Chiswick/Lee/Miller 2005; Redstone Akresh 2008; Aydemir 2011).

Neben der Anhäufung von Sachkapital und immateriellen Vermögenswerten wirkt sich die Qualifizierung von Migranten auch auf die Arbeitsproduktivität in den Gastländern aus. Dabei ist die voraussichtliche Aufenthaltsdauer eines Migranten entscheidend für Anreize, in zielspezifisches Humankapital zu investieren, wie etwa in Sprachkenntnisse oder bestimmte Formen der Berufsausbildung (vgl. Dustmann/Görlach 2016).

Ein empirisch untersuchter Integrationsmechanismus stellt die Erleichterung der Erlangung der Staatsbürgerschaft des Gastlandes dar. Insbesondere für eingewanderte Frauen korreliert die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft mit einem Mehr an Arbeitsplatzsicherheit und einer höheren Arbeitsmarktbindung. Als Folge sind sowohl die Beschäftigungsquoten als auch die durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden höher als in der Vergleichsgruppe (vgl. Gathmann/Keller 2017).

Die Qualifizierung von regional und national verfügbaren Arbeitskräften ist insbesondere im Hinblick auf den Standortwettbewerb zwischen Ländern von Bedeutung. So ist die Menge an potenziellen Migranten, welche die für den deutschen Arbeitsmarkt erwünschten Qualifikationen besitzen, begrenzt. Nach Daten des Joint Research Centers (JRC) (vgl. Di Pietro 2024) geben mehr als 40 % der Firmen in der EU an, große Probleme bei der Akquisition von qualifiziertem Personal zu haben. Die Herausforderungen der Personalakquise sind nach den Daten des JRC in Europa dabei besonders hoch im Vergleich zu internationalen Wettbewerbsländern.

Deutschland steht hier in einem starken internationalen Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte. Damit bei der skizzierten zunehmenden Migration das Qualifikationsniveau der Migranten ein möglichst hohes Niveau besitzt, müsste Deutschland bei der Attraktivität für internationale Arbeitskräfte sich deutlich besser entwickeln als andere internationale Wettbewerber wie etwa die USA, Kanada oder weitere europäische Länder.

Ein aktuelles Ranking der OECD (2023) zur Attraktivität für hochqualifizierte ausländische Arbeitnehmer sehen Deutschland aktuell nur auf Rang 15 von 38 Ländern der OECD. Der Indikator der OECD aggregiert dabei verschiedene Standortfaktoren eines Landes, wie die Arbeitsmarktsituation von Migranten oder das Einkommensniveau. Berücksichtigt werden aber auch »weiche« Faktoren wie die Möglichkeit für die Entwicklung der eigenen Familie, Integrationsmöglichkeiten von Migranten in die Gesellschaft oder die allgemeine Lebensqualität des Landes.

Ein befragungsbasiertes Ranking der Boston Consulting Group (2024) sieht Deutschland international aktuell auf Rang fünf. Das Ranking misst dabei die Bereitschaft der befragten Personen, in das jeweilige Land zu ziehen, um dort einen Job anzunehmen. In einem zweiten Schritt werden – angelehnt an den oben genannten Index der

OECD – die wichtigsten Gründe für eine potenzielle Arbeitsmigration untersucht. Neben den eigenen Chancen auf dem jeweiligen Arbeitsmarkt war bei den befragten Personen insbesondere die Lebensqualität des Ziellandes von hoher Bedeutung. Auch Sicherheit und Stabilität sowie ein gut funktionierendes Gesundheitswesen wurden als wichtige Gründe genannt.

Deutschlands Attraktivität für hochqualifizierte Migranten hat sich im internationalen Vergleich in den letzten Jahren verschlechtert. Im Rating der OECD hat Deutschland seit dem Jahr 2019 drei Ränge eingebüßt. Auch im Rating der Boston Consulting Group ist Deutschland seit dem Jahr 2018 von Rang zwei auf Rang fünf gefallen. Um in einem Szenario von 89 Mio. Einwohnern verstärkt hochqualifizierte Migranten anzuziehen, müsste Deutschland entsprechend seine Bemühungen, die Rahmenbedingungen für diese Zielgruppe zu erhöhen, weiter verstärken.

Ein Vorteil, den Deutschland hierbei im internationalen Vergleich hat, stellt die Möglichkeit einer Art organischen Wachstums durch die Ausbildung internationaler Studenten im Inland dar. Das Ranking der OECD führt Deutschland hier als zweitattraktivstes Land für ausländische Studierende nach den USA. Können diese jungen und hochqualifizierten Arbeitskräfte für die deutsche Wirtschaft gewonnen und gehalten werden, könnten sowohl der demografische Wandel als auch potenzielle Fachkräfteengpässe in Deutschland gemildert werden. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Destatis 2022) lebten rund 38 % der für Studienzwecke nach Deutschland eingewanderten Nicht-EU-Ausländer nach zehn Jahren weiter in Deutschland.

Zuwanderung und immaterielles Kapital

Die Integration von hochqualifizierten Migranten hat in der Regel einen positiven Effekt auf die Produktivität einer Volkswirtschaft.

Eine Studie, die anhand der Auswanderungsbestände der Vergangenheit ein externes Maß für die Zuwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte in OECD-Länder verwendete, kommt zu dem Ergebnis, dass die Steigerung des Verhältnisses zwischen Migranten mit Hochschulabschluss aus einem Herkunftsland und der in einem OECD-Gastland lebenden Bevölkerung mit Hochschulabschluss um fünf Prozentpunkte die relative Totale Faktorproduktivität im Gastland um ein bis zwei Pro-

zentpunkte erhöht (vgl. Grossmann/Stadelmann 2013: 312–314). Die Totale Faktorproduktivität stellt dabei ein Maß für die nicht durch zusätzlichen Input an Kapital und Arbeitskraft bedingte Erhöhung der Produktionsfähigkeit einer Volkswirtschaft dar. Sie berücksichtigt entsprechende Investitionen in Wissen und organisatorische Verbesserungen durch Manager und andere Fachleute, die zu Produktivitätsgewinnen führen.

Eine andere Studie berechnet den Zusammenhang zwischen einem höheren Einwanderungsanteils und dem Pro-Kopf-Einkommen bzw. der Produktivität dahingehend, dass eine Erhöhung des Einwanderungsanteils um einen Prozentpunkt mit einer Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens um etwa 6 bis 10 % zusammenfällt (vgl. Ortega/Peri 2014: 238–242). Länder mit einer höheren Offenheit für Zuwanderung und einer höheren Standortattraktivität können durch Migration die Vielfalt an Fähigkeiten und das Wissenskapital in der Erwerbsbevölkerung erhöhen. Hochqualifizierte Einwanderer tragen so zu technologischen Verbesserungen in den Gastländern bei. Dies kann für die Anhäufung immaterieller Vermögenswerte wichtig sein.

Ein klassischer Indikator zur Messung von Wissensintensität einer Volkswirtschaft stellt die Anzahl der Patentanmeldungen dar. Daten der US-Bundesstaaten von 1940 bis 2000 legen positive Wissensübertragungen innerhalb der USA aufgrund eines höheren Anteils von Einwanderern mit College-Abschluss auf die Patentierungsaktivität der einheimischen Bevölkerung nahe. Die Studie untersucht Veränderungen bei den Patenten im Zeitverlauf. Eine Erhöhung des Anteils von Einwanderern mit Collegeabschluss an der Erwerbsbevölkerung um einen Prozentpunkt erhöht die Patente pro Kopf innerhalb von zehn Jahren um 13,2 %. Die Auswirkungen einer Erhöhung der einheimischen Bevölkerung mit Collegeabschluss auf die Patente sind bestenfalls halb so hoch. Außerdem erhöht eine Erhöhung des Anteils eingewanderter Wissenschaftler und Ingenieure an der Erwerbsbevölkerung um einen Prozentpunkt die Zahl der Patente pro Kopf um 52 % – mehr als doppelt so viel wie eine Erhöhung des Anteils der Wissenschaftler und Ingenieure an der einheimischen Bevölkerung um einen Prozentpunkt (vgl. Hunt/Gauthier-Loiselle 2010: 44–49).

Auch in Deutschland hat sich der Innovationsbeitrag von Migranten an der gesamten Patentaktivität in den letzten zehn Jahren deutlich erhöht. Nach einer Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft (vgl. Haag/Kohlisch/Koppel 2024) stieg der Anteil der Patentaktivität von Er-

findern mit ausländischen Wurzeln von rund 8,5 % im Jahr 2010 auf rund 13 % der im Jahr 2020 angemeldeten Patente an. Insbesondere im Bereich der IKT-Dienstleistungen waren Erfinder mit ausländischen Wurzeln an einem großen Anteil (rund 23 %) der Patentaktivitäten beteiligt.

Zuwanderung und Konsum

Eine Zunahme der Bevölkerung in Deutschland führt zwingend zu einer Erhöhung des Konsums von Waren und Dienstleistungen. Der damit verbundene Konsum inländischer Outputs leistet einen wichtigen Beitrag für das deutsche Bruttoinlandsprodukt. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lag der Anteil des Konsums der privaten Haushalte (vgl. Destatis 2024d) im Jahr 2023 bei rund 2.150 Mrd. €. Das entspricht rund 51 % des Bruttoinlandsproduktes der Bundesrepublik. Bei rund 84,7 Mio. Einwohnern entspricht dies einem Konsum in Höhe von rund 25.340 € pro Person. Würden die 89 Mio. Einwohner in ähnlicher Größenordnung Waren und Dienstleistungen konsumieren, würde dies einem Anstieg des BIP um 110 Mrd. € entsprechen.

Der zusätzliche Konsum muss dabei auf der Entstehungsseite des BIP erwirtschaftet werden. Während dies bei im Inland konsumierten Dienstleistungen naheliegend ist, können konsumierte Waren auch im Ausland produziert werden oder ausländische Vorleistungen beinhalten. Durch eine Verringerung des Außenbeitrags könnte ein rein konsuminduziertes Wachstum entsprechend geringer ausfallen, als dies durch die erhöhte Nachfrage impliziert würde.

Neben der Verfügbarkeit von entsprechenden Einkommensquellen spielt auch die Sparquote in der Bevölkerung eine wichtige Rolle bei dem Zusammenhang zwischen Einkommen und BIP-Wachstum. Studien zeigen, dass der Zusammenhang zwischen BIP-Wachstum und Einkommen besonders stark in Ländern mit niedrigem Einkommensniveau ausgeprägt ist (vgl. Diacon/Maha 2015). Dies ist insofern zu erwarten, da Personen mit niedrigeren Einkommensniveaus einen höheren Anteil ihres Geldes für privaten Konsum ausgeben müssen. Im Kontext der Zuwanderung spielt für die Sparquote der Migranten nicht nur das Bildungs- bzw. Einkommensniveau eine Rolle, sondern auch die Perspektive eines langfristigen Aufenthaltes im Land. So haben Einwanderer in Deutschland beispielsweise im Durchschnitt eine niedrigere Sparquote als Einheimische mit ähnlichen Merkmalen. Einwande-

rer, die nur vorübergehend bleiben wollen, sparen jedoch tendenziell mehr als Einheimische. Sie nutzen ihr Einkommen tendenziell stärker für Überweisungen von Finanzmitteln an ihre Familie im Ausland als Einwanderer, die dauerhaft bleiben wollen (vgl. Dustmann/Görlach 2016).

Diese Erkenntnisse sind konsistent mit einer Untersuchung der Europäischen Zentralbank hinsichtlich des Einflusses ökonomischer Unsicherheit auf privaten Konsum und Wirtschaftswachstum. Die Ergebnisse der Studie sehen einen starken Zusammenhang zwischen makroökonomischer Unsicherheit und den daraus folgenden Konsumentscheidungen der Haushalte. Unsicherheit führt zu einem stark reduzierten Konsum über mehrere Monate hinweg. Dies führt zu signifikanten negativen Auswirkungen auf den wirtschaftlichen Output (vgl. Europäische Zentralbank 2022). Untersuchungen für die USA quantifizieren den Einfluss von Schocks bezüglich des Konsums der privaten Haushalte auf rund 40 % der Konjunkturschwankungen im Inland (vgl. Matthes/Schwartzman 2021).

Zuwanderung und Wohnungsbauinvestitionen

Eine Zunahme der Bevölkerung um rund 4,3 Mio. Personen ist auch mit einem erheblichen Mehrbedarf an Wohnraum verbunden. Geht man unter vereinfachenden Annahmen davon aus, dass die Anzahl der Personen je Haushalt der zusätzlichen Bevölkerung dem aktuellen Durchschnitt von rund zwei Personen entspricht, würde dies einem zusätzlichen Bedarf von 2.150.000 Wohnungen entsprechen, die bis 2045 fertiggestellt werden müssten. Nicht berücksichtigt in dieser Berechnung ist etwa der Trend zu immer mehr Ein-Personen-Haushalten. So stieg die Anzahl der Haushalte mit nur einem Mitglied zwischen dem Jahr 2000 und 2023 um 25,8 %, während die Anzahl der Haushalte mit drei oder mehr Personen um 8,7 % zurückging (vgl. Umweltbundesamt 2024). Auch spielen weitere Faktoren wie das Einkommensniveau der zusätzlichen Haushalte und die regionale Konzentration der Wohnungsbedarfe eine zusätzliche Rolle bei der Ermittlung des Wohnbedarfes.

Die Ergebnisse verschiedener Studien zur räumlichen Konzentration und ethnischer Segregation in deutschen Städten zeigen, dass zwar abnehmende Konzentrationstendenzen festzustellen sind. Auf der anderen Seite können jedoch Migrantengruppen identifiziert werden, die

durch eine zunehmende räumliche Konzentration gekennzeichnet sind (vgl. Fina/Schmitz-Veltin/Siedentop 2014). Es ist zu erwarten, dass auch kommende Migrationsflüsse den bestehenden Mustern folgen. Zuzüge würden entsprechend verstärkt in wirtschaftlich starken, besonders attraktiven Regionen stattfinden. Dies würde den Bedarf an zusätzlichen Wohnungen weiter erhöhen, da nicht auf freiwerdende Bestandsimmobilien in weniger attraktiven Region zurückgegriffen werden kann.

Im Jahr 2023 wurden nach Angaben des Statistischen Bundesamtes rund 294.400 Wohnungen gebaut (vgl. Destatis 2024e). Der Wohnungsbau blieb dabei auf einem ähnlichen Niveau wie in den Vorjahren. Es ist anzunehmen, dass der direkte wirtschaftliche Beitrag der Firmen des Hochbaus auf einem ebenfalls vergleichbaren Niveau lag. Im Jahr 2022 sorgte der Hochbau direkt für eine Wertschöpfung von rund 27,8 Mrd. €. Dies entspricht einem direkten Anteil von rund 0,8 % des BIP. Es ist zu erwarten, dass mit einer erhöhten Nachfrage nach Wohnraum auch mit einer Zunahme des Beitrags der Bauwirtschaft am BIP zu rechnen ist.

Damit die positiven wirtschaftlichen Effekte in Deutschland aber voll zum Tragen kommen können, sind verschiedene Rahmenbedingungen notwendig. Zum einen muss die Nachfrageperspektive für die Bauwirtschaft planbar und nachhaltig sein. Investitionen in zusätzliche Produktionskapazitäten benötigen auch im Bau eine gewisse Vorlaufzeit. Zudem werden diese nur in entsprechender Größenordnung getätigt, wenn die Nachfrage entsprechend langfristig gesichert ist. Aktuelle Umfragen des Ifo-Geschäftsklimaindexes für das Baugewerbe sehen die zukünftigen Geschäftserwartungen der Branche stark negativ (vgl. Ifo 2024).

Zum anderen müssen in den nachgefragten Regionen entsprechende Grundstücke für den Neubau von Wohnungen zur Verfügung stehen. Der kombinierte Effekt aus höherer Nachfrage nach Wohnraum und höherem Angebot an Wohnraum in Verbindung mit einer höheren Bevölkerungsdichte erhöht die Grundstückspreise. Die für den Wohnungsbau verfügbare Landfläche kann nur innerhalb natürlich gegebener Grenzen erweitert werden. Folglich dürften die Grundstückspreise parallel zur Wohnungsnachfrage *ceteris paribus* steigen (vgl. Grossmann et al. 2017). Dies könnte die Finanzierung möglicher Bauinvestitionen erschweren.

Die wichtige Frage ist, ob die Reaktion des Angebots groß genug ist, um die durch Zuwanderung ausgelösten Preissteigerungen infolge steigender Nachfrage zumindest langfristig auszugleichen. Die Auswirkungen

gen der Zuwanderung auf das Wohnraumangebot durch Investitionen in den Wohnungsbau sind bei weitem nicht so gut untersucht wie ihre Auswirkungen auf Mieten und Immobilienpreise. Eine Ausnahme bildet eine Untersuchung der Auswirkungen regionaler Zuwanderung auf den Wohnungsbau in Spanien (vgl. Gonzalez/Ortega 2013). Indem die Studie die Zuwanderung der Vergangenheit als externes Maß für die aktuelle Zuwanderung auf regionaler Ebene verwendet, berücksichtigt sie die Möglichkeit, dass sich Einwanderer in wirtschaftlich boomenden Regionen ansiedeln. Während Spaniens Gesamtbevölkerung zwischen 2001 und 2010 jährlich um 1,5 % wuchs und der Anteil der Einwanderer an der Bevölkerung durchschnittlich um etwa 1,3 Prozentpunkte zunahm, stieg die Zahl neuer Wohneinheiten jährlich um 1,2–1,5 %. Mit anderen Worten führte eine Erhöhung des Anteils der Einwanderer an der Bevölkerung um einen Prozentpunkt zu einer Zunahme des Wohnungsbaus um etwa 1 %.

Trotz der Zunahme des Wohnungsbaus stiegen die Wohnkosten jedoch um etwa 2 % pro Jahr. Die Erklärung hierfür liegt in der Knappheit von Wohngrundstücken. Letztlich führt die Zuwanderung also trotz ihrer Auswirkungen auf den Wohnungsbau zu höheren Mieten für Wohnraum. Dies hat Verteilungseffekte erster Ordnung, da der Anteil der Wohnausgaben an Vermögen und Einkommen sinkt. Der Wohlstand sinkt daher insbesondere für ärmere Haushalte.

Zuwanderung und ausländische Direktinvestitionen

Ein letzter Zusammenhang, der für diese Analyse betrachtet werden soll, ist der Effekt von Zuwanderung auf ausländische Direktinvestitionen (FDI). Unter Bedingungen internationaler oder interregionaler Kapitalmobilität führt die Arbeitsmarktintegration von Einwandernden zu Kapitalzuflüssen, da sich Kapital und Arbeit bei der Produktion von Waren und Dienstleistungen ergänzen.

Eine empirische Untersuchung der wechselseitigen Beziehung zwischen Einwanderungszahlen und ausländischen Direktinvestitionen in den sechzehn deutschen Bundesländern im Zeitraum 1991 bis 2002 kam zu dem Ergebnis, dass ausländische Direktinvestitionen durch eine höhere Zahl von Einwanderern aus Ländern mit hohem Einkommen deutlich erhöht werden. Eine mögliche Erklärung für diesen Effekt ist, dass Einwanderer bei der Interaktion mit ausländischen Unternehmen in ih-

rem Heimatland behilflich sind und so dazu beitragen, Informationsdefizite zu überwinden. Anders als eine höhere Zahl von Einwanderern fördert hingegen eine größere inländische Erwerbsbevölkerung ausländische Direktinvestitionen nicht (vgl. Buch/Kleinert/Toubal 2006). Eine höhere Zahl von Einwanderern hat auch einen positiven Einfluss auf die Zahl der internationalen Bankkredite, die das Gastland an das Heimatland der Einwanderer vergibt (vgl. Kugler/Levintal/Rapoport 2013).

Ein Transmissionskanal, über welchen die Immigration ausländische Direktinvestitionen beeinflusst, basiert auf der Annahme, dass potenzielle Migranten ihr Zielland anhand der Zahl früherer Migranten aus ihrem Heimatland auswählen. Nach Schätzungen nimmt bei einem Anstieg des Bestandes an Migranten aus einem bestimmten Land um 1.000 Personen der Migrantenstrom um 4,7 Personen pro Jahr zu, wobei sich der Effekt abschwächt, wenn der Bestand an Migranten größer wird (vgl. Rotte/Vogler 1998: 18–21)³. Die Idee dahinter ist, dass diese Migranten ein soziales Netzwerk basierend auf familiären oder kulturellen Bindungen bilden. Diese sozialen Netzwerke reduzieren die wirtschaftlichen Kosten der Migration, indem sie Einwandernde bei der Arbeits- und Wohnungssuche unterstützen und ihnen bei der Eingewöhnung in ihren neuen Wohnort helfen.

Dieser Ansatz wird etwa in einer Studie herangezogen, die der Möglichkeit Rechnung trägt, dass ausländische Direktinvestitionen die Zuwanderung von Arbeitnehmern ausländischer Tochtergesellschaften in die US-Zentralen multinationaler Unternehmen bewirken (vgl. Javorcik et al. 2011). Die Studie geht von der Gesamtzahl der Migranten aus einem Heimatland aus und verwendet dabei den Anteil der Migranten an der Bevölkerung dieses Landes dreißig Jahre zuvor. Die Ergebnisse legen nahe, dass ein Anstieg der Zahl der Einwanderer mit Hochschulabschluss in den USA um 1 % den Bestand an ausländischen Direktinvestitionen aus den USA in das Heimatland der Einwanderer um etwa 0,5 % erhöht.

3 In den meisten Studien, in denen die verschiedenen Determinanten der Migration aufgeschlüsselt werden, sind die Migrantennetzwerke in der Regel der wichtigste Prädiktor für die Migrationsströme. So erklären beispielsweise die Migrantenbestände mehr als 70 % der beobachteten Schwankungen bei den Migrantenströmen in die OECD-Länder (vgl. Beine/Docquier/Özden 2011). Darüber hinaus sind Migrantennetzwerke in der Regel am wichtigsten für Migranten aus armen Herkunftsländern (vgl. Pedersen/Pytlíkova/Smith 2004)

Mögliche positive Effekte auf ausländische Direktinvestitionen hängen somit ebenfalls stark vom Bildungsniveau der Migranten und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Herkunftslandes ab. Nach Angaben der deutschen Bundesbank lag die Menge der unmittelbaren ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland Ende 2022 bei rund 956 Mrd. €. Davon entfielen rund 80 % auf europäische FDI und weitere rund 16 % auf Amerika, insbesondere die USA (vgl. Deutsche Bundesbank 2024: 85). Eine stärkere Zuwanderung aus wirtschaftlich starken und aufstrebenden Ländern könnte zusätzliche Potenziale für FDI bedeuten. Damit eine solche Migration in signifikantem Umfang stattfindet, muss aber die Standortattraktivität in Deutschland für diese Personen höher sein als in ihrem Herkunftsland.

Selektion und wirtschaftliche Integration – wie Deutschland von Zuwanderung profitieren kann

Der globale Wettbewerb um hochqualifizierte Einwanderer nimmt zu, da die Länder ihre Bemühungen intensivieren, einen größeren Anteil des weltweiten Talentpools an sich zu binden. In diesem Umfeld werden hochqualifizierte Einwanderer bei der Auswahl ihrer alternativen Zielländer immer wählerischer. Studien für die wichtigsten Einwanderungsländer zeigen, dass Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt zwar besser abschneiden, ihre wirtschaftliche Integration gleichwohl vor erheblichen Herausforderungen steht. Letzteres machte verknüpfte Einwanderungs- und Integrationspolitiken erforderlich.

Die Verbesserung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Einwanderern ist in Deutschland und anderen Industrieländern ein wichtiges politisches Thema und bietet große wirtschaftliche Potenziale. Von Einwanderern wird erwartet, dass sie zum Wirtschaftswachstum beitragen, indem sie erforderliche Fähigkeiten mitbringen, diese vermitteln und so die Workforce in ihren Gastländern qualitativ verstärken (s. o.).

Die Unternutzung von Fähigkeiten der Einwanderer ist ein allgemeines Problem in allen Aufnahmeländern. Es äußert sich in der geringeren finanziellen Rendite auf Humankapitalmerkmale für Einwanderer im Vergleich zu im Land geborenen Arbeitnehmern. Eine geringere Rendite auf Fähigkeiten bedeutet entweder, dass die bewerteten Merkmale nicht das wahre Produktionspotenzial der Einwanderer widerspiegeln oder dass andere Barrieren wie Probleme bei der Anerkennung von Zeugnis-

sen oder Lizenzen, schwache Jobnetzwerke und Diskriminierung eine produktivere Nutzung der Fähigkeiten verhindern, die Einwanderer ins Land bringen. Länder, die den Beitrag ihrer Einwanderer zur Wirtschaft maximieren wollen, müssen der Entwicklung von Richtlinien, die den Transfer ausländischen Humankapitals erleichtern, ebenso viel Aufmerksamkeit widmen wie den Zulassungsregeln (vgl. Aydemir 2011; Warman/Webb/Worswick 2019).

Die bloße Zulassung auf der Grundlage von im Gastland besonders benötigten Fähigkeiten bedeutet mithin nicht zwangsläufig eine einfache wirtschaftliche Integration der Einwanderer. Selektion und Integration sind vielmehr komplementär und Gegenstand eines Konsenses der von den politischen Entscheidungsträgern umgesetzten Einwanderungspolitik, welcher sowohl wirtschaftliche als auch nichtwirtschaftliche Faktoren der Gesellschaft des Aufnahmelandes beinhaltet.

Literatur

- Aydemir, Abdurrahman (2010): »Immigrant selection and short-term labor market outcomes by visa category«, in: *Journal of Population Economics* 24, S. 451–475. <https://docs.iza.org/dp4966.pdf> (Zugriff 20.01.2025).
- Aydemir, Abdurrahman/Borjas, George Jesus (2007): »Cross-country variation in the impact of international migration: Canada, Mexico, and the United States«, in: *Journal of the European Economic Association* 5:4, S. 663–708.
- Bansak, Cynthia Z./Simpson, Nicole/Zavodny, Madeline (2020): *The Economics of Immigration*, Oxford: Routledge.
- Beine, Michel/Docquier, Frédéric/Özden, Çağlar (2011): »Diasporas«, in: *Journal of Development Economics* 95, S. 30–41. <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0304387809001187> (Zugriff 20.01.2025).
- Boston Consulting Group (2024): *Decoding Global Talent 2024, Dream Destinations and Mobility Trends*. <https://web-assets.bcg.com/61/23/006267594700b68f17396371649a/bcg-decoding-global-talent-2024.pdf> (Zugriff 20.01.2025).
- Buch, Claudia/Kleinert, Jörn/Toubal, Farid (2006): »Where enterprises lead, people follow? Links between migration and FDI in Germany«,

- in: *European Economic Review* 50:8, S. 2017–2036. <https://doi.org/10.1016/j.euroecorev.2005.11.002>
- Chiswick, Barry R/Lee, Yew L./Miller, Paul W (2005): »Immigrant earnings: A longitudinal analysis«, in: *Review of Income and Wealth* 51:4, S. 485–503. <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/33535/1/500644195.pdf> (Zugriff 20.01.2025).
- Cobb-Clark, Deborah (2000): »Do selection criteria make a difference? Visa category and the labour market status of immigrants to Australia«, in: *Economic Record* 76:232, S. 15–31. <https://openresearch-repository.anu.edu.au/server/api/core/bitstreams/740df504-d5c4-48b1-94d9-fdf5856d4ab3/content> (Zugriff 20.01.2025).
- Destatis (2022): Ein Drittel der internationalen Studierenden bleibt langfristig in Deutschland. Pressemitteilung Nr. 435 vom 12. Oktober 2022. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/10/PD22_435_12.html (Zugriff 20.01.2025).
- Destatis (2024a): Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland von 1950 bis 2023. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Wanderungen/Tabellen/wanderung-en-zwischen-deutschland-und-dem-ausland-jahr-02.html> (Zugriff 20.01.2025)
- Destatis (2024b): Tabelle 12 Bevölkerung. <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/statistics> (Zugriff 20.01.2025).
- Destatis (2024c): Geburten. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Geburten/_inhalt.html (Zugriff 20.01.2025).
- Destatis (2024d): VGR des Bundes – Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (nominal/preisbereinigt): Deutschland, Jahre. <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/table/81000-0019/search/s/ODEwMDAtMDAxOQ> (Zugriff 20.01.2025).
- Destatis (2024e): 0,3 % weniger fertiggestellte Wohnungen im Jahr 2023. Pressemitteilung Nr. 203 vom 23. Mai 2024. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/05/PD24_203_31121.html (Zugriff 20.01.2025).
- Deutsche Bundesbank (2024): Direktinvestitionsstatistiken 2024. <https://www.bundesbank.de/resource/blob/804078/410efafooc81398f84bo238f7afc85c9/mL/o-direktinvestitionen-data.pdf> (Zugriff 20.01.2025).
- Di Pietro, Giorgio (2024): Are EU Member States suffering from skill shortages more than other countries? Sevilla: European Commis-

- sion. <https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/handle/JRC138167> (Zugriff 20.01.2025).
- Diacon, Paula-Elena/Maha, Liviu-George (2015): »The Relationship between Income, Consumption and GDP: A Time Series, Cross-Country Analysis«, in: *Procedia Economics and Finance* 23, S. 1535–1543. [https://doi.org/10.1016/S2212-5671\(15\)00374-3](https://doi.org/10.1016/S2212-5671(15)00374-3)
- Dustmann, Christian/Görlach, Joseph-Simon (2016): »The economics of temporary migrations«, in: *Journal of Economic Literature* 54:1, S. 98–136. <https://doi.org/10.1257/jel.54.1.98>
- Europäische Zentralbank (2022): The effect of macroeconomic uncertainty on household spending. https://www.ecb.europa.eu/press/conferences/shared/pdf/20220912_7th_ARC/Georgarakos_paper.pdf (Zugriff 20.01.2025).
- Fina, Stefan/Schmitz-Veltin, Ansgar/Siedentop, Stefan (2014): »Räumliche Muster der internationalen Migration im Zeitverlauf am Beispiel Stuttgart: vom Wanderungsziel zum Migrationsknoten?« In: Paul Gans (Hg.), *Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration*, Hannover: Verlag der ARL, S. 381–401. https://www.econstor.eu/bitstream/10419/141945/1/fb_003_21.pdf (Zugriff 20.01.2025).
- Gathmann, Christina/Keller, Nicolas (2017): »Access to citizenship and the economic assimilation of immigrants«. https://www.uni-heidelberg.de/md/awi/professuren/amnpoe/immigrationpolicy_combined_march2017.pdf (Zugriff 20.01.2025).
- Gonzalez, Libertad/Ortega, Francesc (2013): »Immigration and housing booms: Evidence from Spain«, in: *Journal of Regional Science* 53:1, S. 37–59. <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.1111/jors.12010> (Zugriff 20.01.2025).
- Grossmann, Volker/Stadelmann, David (2013): »Wage effects of high-skilled migration: International evidence«, in: *World Bank Economic Review* 27:2, S. 297–319. <https://academic.oup.com/wber/article/27/2/297/1622650> (Zugriff 20.01.2025).
- Grossmann, Volker et al. (2017): »Reversal of migration flows: A fresh look at the German reunification«, in: *Journal of International Economics* 109, S. 1–15. <https://doi.org/10.1016/j.jinteco.2017.05.006>
- Haag, Maike/Kohlisch, Enno/Koppel, Oliver (2024): Der Innovationsbeitrag von Migration nach Branchen (=IW-Kurzbericht, Nr. 16), Köln: Institut der deutschen Wirtschaft. <https://www.iwkoeln.de/studien/maike-haag-enno-kohlisch-oliver-koppel-der-innovationsbeitrag-von-migration-nach-branchen.html> (Zugriff 20.01.2025).

- Hunt, Jennifer/Gauthier-Loiselle, Marjolaine (2010): »How much does immigration boost innovation?«, in: *American Economic Journal: Macroeconomics* 2:2, S. 31–56. <https://doi.org/10.1257/mac.2.2.31>
- Ifo (2024): Ifo Geschäftsklimaindex gesunken. <https://www.ifo.de/fakten/2024-09-24/ifo-geschaeftsklimaindex-gesunken-september-2024> (Zugriff 20.01.2025).
- Javorcik, Beata S. et al. (2011): »Migrant networks and foreign direct investment«, in: *Journal of Development Economics* 94:2, S. 231–241. <https://doi.org/10.1016/j.jdeveco.2010.01.012>
- Jasso, Guillermina/Rosenzweig, Mark R (1995). »Do immigrants screened for skills do better than family reunification immigrants?«, in: *International Migration Review* 29:1, S. 85–111. <https://doi.org/10.2307/2546998>
- Kugler, Maurice/Levintal, Oren/Rapoport, Hillel (2013): *Migration and Cross-border Financial Flows* (=IZA Discussion Paper No. 7548), Bonn: IZA. <https://docs.iza.org/dp7548.pdf> (Zugriff 20.01.2025).
- Maretzke, Steffen/Hoymann, Jana/Schlömer, Claus (2024): *Raumordnungsprognose 2045. Bevölkerungsprognose* (=BBSR-Analysen KOMPAKT 04/2024), Bonn: BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/analysen-kompakt/2024/ak-04-2024.html> (Zugriff 20.01.2025).
- Matthes, Christian/Schwartzman Felipe F. (2021): *How Much Does Household Consumption Impact Business Cycles?* https://www.richmondfed.org/publications/research/economic_brief/2021/eb_21-25 (Zugriff 20.01.2025).
- Ochsner, Christian et al. (2024): *Demographic Aging and Long-Run*. https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/Arbeitspapiere/Arbeitspapier_02_2024.pdf (Zugriff 20.01.2025).
- OECD (2021a): *Foreign-born population*. <https://www.oecd.org/en/data/indicators/foreign-born-population.html> (Zugriff 20.01.2025).
- OECD (2021b): *International migration database*. <https://doi.org/10.1787/data-00342-en>
- OECD (2023): *What is the best country for global talents in the OECD?* https://www.oecd.org/en/publications/what-is-the-best-country-for-global-talents-in-the-oecd_5186ab2d-en.html (Zugriff 20.01.2025).

- Ortega, Francesc/Peri, Giovanni (2014): »Openness and income: The roles of trade and migration«, in: *Journal of International Economics* 92:2, S. 231–251. <https://doi.org/10.1016/j.jinteco.2013.11.008>
- Pedersen, Peder J./Pytlikova, Mariola/Smith, Nina (2008). »Selection and network effects – Migration flows into OECD countries 1990–2000«, in: *European Economic Review* 52:7, S. 1160–1186. <https://doi.org/10.1016/j.euroecorev.2007.12.002>
- Redstone Akresh, Ilana (2008): »Occupational trajectories of legal US immigrants: Downgrading and recovery«, in: *Population and Development Review* 34:3, S. 435–456. <https://doi.org/10.1111/j.1728-4457.2008.00231.x>
- Rotte, Ralph/Vogler, Michael (1998): *Determinants of International Migration: Empirical Evidence for Migration from Developing Countries to Germany* (=IZA Discussion Paper No. 12), Bonn: Institute of Labor Economics. <https://docs.iza.org/dp12.pdf> (Zugriff 20.01.2025).
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2023): *Jahresgutachten 2023*, Wiesbaden.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2024): *Frühjahrgutachten 2024*, Wiesbaden.
- Umweltbundesamt (2024): *Zahl der Haushalte von 2000 bis 2023 nach Haushaltsgröße*. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/private-haushalte-konsum/strukturdaten-privater-haushalte/bevoelkerungsentwicklung-struktur-privater#immer-mehr-ein-personenhaushalte-in-deutschland> (Zugriff 20.01.2025).
- United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2019): *International Migration 2019*, New York, S. 4.
- Warman, Casey/Webb, Matthew D./Worswick, Christophe (2019): »Immigrant category of admission and the earnings of adults and children: How far does the apple fall?«, in: *Journal of Population Economics* 32, S. 53–112. <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/176804/1/GLO-DP-0196.pdf> (Zugriff 20.01.2025).